

Europas Chancen nutzen Die deutsche Ratspräsidentschaft

> **Einfluss nehmen:** Mit einem neuen Ausschuss trägt der Landtag endlich der gewachsenen Bedeutung der EU Rechnung. Die exekutive Lobbyarbeit funktioniert schon längst. Von Barbarita Schreiber und Jürgen Walter.

> **Energie einsparen:** Und noch viel mehr. Klimaschutz und Energiepolitik hängen unmittelbar zusammen. Was unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft angepackt werden muss (und nicht abgeblockt werden darf), sagt uns Claude Turmes.

> **EU-Verfassung wiederbeleben:** Vertrauen gewinnen, öffentlich debattieren, nicht im Hinterzimmer kungeln - nur so kommen wir zu einer mehrheitsfähigen Verfassung. Interview mit Heide Rühle.

> **Einwanderung gestalten:** Immigration ist schon lange kein nationales Thema (oder Problem, je nach Sichtweise) mehr, sondern eine europäische Aufgabe. Überlegungen von Cem Özdemir

> **Europa von unten:** Entlang des Rheins entstehen seit 2003 "Eurodistrikte" - sehr vielfältig, aber immer grenzüberschreitend. Von Per Klabundt.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein erfolgreiches Jahr liegt mit dem tollen Ergebnis der Landtagswahl hinter und ein spannendes, wahlkampffreies 2007 vor uns. Wir wollen die inhaltliche Debatte, die wir bei unserer Regionalkonferenz letztes Jahr begonnen haben, fortsetzen. Dies ist uns bereits zu Anfang des Jahres hervorragend gelungen! Im Februar bei der zweiten Regionalkonferenz in Stuttgart haben wir - nein: Ihr! - gezeigt, dass die neue positive Lust an inhaltlichen Diskussionen besteht und weiter fortgesetzt werden muss.

Mit überwältigender Beteiligung wurde in den vier Foren zu den Themen Ökologie, Grundsicherung, Frauenpolitik und Rechtsextremismus fachlich wie sachlich rege debattiert.

Und der inhaltliche Diskurs geht weiter: Schwerpunkte dieses Jahr sind Ökologie und Klimawandel sowie die Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme, also grüne Ansätze und Beschlüsse zu Grundsicherung und /oder Grundeinkommen.

>>



Regionalkonferenz des Landesverbandes in Stuttgart am 10. Februar 2007



Welche Leitlinien für sozialpolitische Konzepte und damit konkrete Modelle wir wollen, dies möchten wir mit Euch in einer breiten und bislang einmaligen Weise mit Euch gemeinsam erarbeiten. Mit dem Auftakt bei der Regionalkonferenz startete auch unser Blog www.grundsicherung-bw.de. Zudem sind eine Projektgruppe zu dem Thema gegründet worden und Workshops geplant. Beim Landesausschuss am 30. Juni in Pforzheim stehen erste Beschlüsse an, die dann konkretisiert auf der LDK (12.-14. Oktober) in Heilbronn vorliegen werden.



den Kampagne zeigen, dass wir es sind, die die Weichen für mehr Klimaschutz stellen können und müssen! Für diese Kampagne brauchen wir Eure Unterstützung vor Ort - ebenso bei der für ein gentechnikfreies Baden-Württemberg, die in der letzten Ferienwoche im August startet.

Schlussendlich möchten wir dieses Jahr die Mitgliederwerbekampagne fortsetzen und die Personalentwicklung vorantreiben. Den Auftakt dazu macht das Kreisvorständetreffen am 17. März 2007 in Karlsruhe, an dem auch unsere Trainees teilnehmen werden. Das erfolgreiche Programm zur Nachwuchsförderung ist dieses Jahr zum dritten Mal mit zwölf engagierten ‚Newcomern‘ in der Parteiarbeit gestartet.

Ich wünsche uns allen ein erfolgreiches Jahr und freue mich auf rege, anregende, kontroverse, spannende Debatten: Auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

>> Petra Selg
Landesvorsitzende

Das dramatische Ausmaß des Klimawandels ist in aller Munde und in allen Medien. Ökologie ist (wieder?) ein Topthema. Es waren wir Grüne, die das Thema Ökologie auf die politische Tagesordnung der Bundesrepublik gesetzt haben, dennoch stehen wir vor Herausforderungen, die mit früheren Jahren nicht vergleichbar sind. Deshalb werden wir in einer im April beginnenden und bis zum Herbst andauernden

mitdiskutieren!
www.grundsicherung-bw.de

Vorstellung der LAG Demokratie und Recht

Neukonstituierung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Demokratie, Recht und Innere Sicherheit - Grüne jetzt auch stark aufgestellt in der Innen- und Bürgerrechtspolitik.

Die LAG Demokratie und Recht wurde am 15. Dezember 2006 mit bisher 25 Mitgliedern aus 12 KVs neu gegründet. Derzeit beschäftigen wir uns - gemeinsam mit GLV, Landtagsfraktion und BAG - mit folgenden Themen:

- > Rechtsextremismus
- > Integration
- > Bürgerrechte/
mehr Demokratie
- > Datenschutz,
Antidiskriminierungspolitik.

Am Ende unserer Arbeit sollen Beschlüsse und Positionspapiere stehen, die wir in die Partei bzw. die Fraktion "einspeisen" wollen.

Wer mehr erfahren oder Mitglied werden will, kann uns kontaktieren:



th-319636@versanet.de
0761-1307841.

Unsere Mailingliste ist unter LAG-Inneres-subscribe@yahoogroups.de abonnierbar.

>> Tobias Hailer, LAG-Sprecher

Wir in Europa

Wie kein anderes Bundesland profitiert Baden-Württemberg von der Europäischen Union. In keine andere Region der Welt exportiert das Ländle annähernd so viele Waren wie in die EU. Schon dies sollte Grund genug sein, sich für eine starke EU einzusetzen und in der Bevölkerung für ein entsprechendes Bewusstsein zu werben.

Doch weit gefehlt: Gerne wird die EU als bürokratisches Monster dargestellt. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass europäische Regelungen meistens auf Initiative einer oder mehrerer nationaler Regierungen zustande kommen. Dies soll nicht heißen, dass von Brüssel keine unsinnigen Verordnungen kommen. Doch meistens wird in Baden-Württemberg eher gegen die längst überfälligen Verordnungen gekämpft wie die FFH-Richtlinie, die von der Landesregierung lange abgelehnt wurde.



Aus grüner Sicht ist Europa aber viel mehr als ein wichtiger Wirtschaftsraum. Seit fünfzig Jahren ist die EU ein Garant für den Frieden in Europa. Jahrhunderte lang haben sich unsere

Vorfahren bekämpft, heute zieht man nicht mehr in den Krieg, sondern fährt in EU-Länder in den Urlaub, pflegt den Kulturaustausch und vieles mehr.



Baden-Württemberg als wichtige europäische Region muss den weiteren Einigungsprozess mit vorantreiben. Dafür braucht es die notwendigen Strukturen, aber auch eine angemessene Beteiligung des Landtags. Deshalb haben wir uns lange für einen Europausausschuss eingesetzt. Die wegen wachsender Kompetenzen der EU notwendige Stärkung der parlamentarischen Komponente der europäischen Entscheidungsprozesse schlägt damit endlich auch auf Landesebene durch. Wir werden den Ausschuss zu einem wirksamen Instrument der Information, Mitwirkung und internen wie öffentlichen Debatte machen. Beteiligung und demokratische Kontrolle können aber nur dann fruchten, wenn die Initiativen der EU-Kommission bereits im Entstehungsprozess kommuniziert und mitgestaltet werden. Die Lobbyisten in Brüssel sind gut aufgestellt, und auch Baden-Würt-

temberg hat mit seiner Landesvertretung einen Horchposten vor Ort - leider mit zu wenig Rückkoppelung an den Landtag.

Nur: Interessenvertretung muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein, nicht allein den Partikularinteressen. Wer - wie die Landesregierung - gegen den Entwurf der EU-Bodenschutzrichtlinie mit dem Hinweis auf Überregulierung und ausreichende Regelungen im Musterländle wettet, der ignoriert die zum Teil verheerenden Auswirkungen fehlender Rahmenregelungen in anderen Mitgliedsstaaten. Und wer mit Europa nationale Abkommen wie den Atomausstieg aushebeln will, der weigert sich seiner Verantwortung, die Potenziale des Landes in den Bereichen regenerative Energien und Zukunftstechnologien voranzutreiben. Das Land muss dagegen seine Chance als Innovationsmotor wahrnehmen. Wenn es gelingt, die mit dem Maastrichter Vertrag zum Grundsatz erklärte Praxis der Subsidiarität und der Partizipation der jeweils betroffenen Ebenen tatsächlich umzusetzen, wären wir auf einem guten Weg: hin zu einem Europa der Menschen, das wir als Vorreiter auf allen Ebenen verantwortungsvoll, solidarisch und nachhaltig für die Zukunft rüsten.

>> Jürgen Walter, europapolitischer Sprecher und Barbarita Schreiber, parlamentarische Beraterin GRÜNE Landtagsfraktion

Demokratischer, effizienter, transparenter

GB-Interview mit unserer Europaabgeordneten Heide Rühle zur Wiederbelebung des Verfassungsprozesses

gb: Die EU-Verfassung liegt nach dem doppelten Nein der Franzosen und Niederländer auf Eis. Nun soll die deutsche Ratspräsidentschaft den Verfassungsprozess wiederbeleben. Nur: Brauchen wir überhaupt eine Verfassung. Die EU funktioniert doch momentan auch einigermaßen ohne Verfassung?

Heide: Sie funktioniert einigermaßen - aber auf keinen Fall besser. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar besteht die EU aus 27 Staaten. Dafür ist das jetzige Entscheidungssystem eigentlich nicht ausgelegt. Nur: Das ist nicht die Schuld der neuen Mitglieder, sondern der alten. Institutionelle Reformen sind unbedingt notwendig. Da hätte der Verfassungsvertrag einen wichtigen Fortschritt bedeutet, auch wenn er nicht frei von Mängeln und Widersprüchen ist und wir Grünen uns weitergehende Schritte gewünscht hätten. Klar ist: Wir brauchen eine institutionelle Vertiefung, die Europa demokratischer, effizienter und transparenter macht.

gb: Aber wäre es da nicht besser, völlig neu zu starten und eine bessere Verfassung zu erarbeiten, als an dem viel kritisierten vorliegenden Verfassungstext herumzudoktern?

Heide: Das mag für viele verlockend klingen, ist aber politisch leider völlig unrealistisch. Denn der Verfassungstext ist ein mühsam errungener Kompromiss von 25 Staaten und unter-

schiedlichen politischen Richtungen. Sie ist sozusagen der größte gemeinsame Nenner. Wenn wir jetzt noch mal ganz von vorne anfangen würden, bekämen wir keine neue bessere Verfassung. Vielmehr bestünde die Gefahr, dass der Verfassungsprozess endgültig scheitert. Deshalb muss die Verfassung den Ausgangspunkt eines neuen Anlaufs bilden - wir müssen versuchen, die wichtigen Fortschritte der Verfassung zu retten.

gb: Die worin bestehen?



Heide: Das Europäische Parlament würde als demokratische Kerninstitution der EU weiter gestärkt und auch die Rolle der nationalen Parlamente ausgebaut. Der Rat, in dem die nationalen Regierungen sitzen, müsste künftig öffentlich statt weiter hinter verschlossenen Türen tagen. Auch würde die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat und die Einführung der doppelten Mehrheit als Entscheidungsmodus die Gefahr von Blockaden verringern. Und durch ein europäisches Bürgerbegehren würde erstmals die direkte Demokratie Einzug in die EU halten. Mit der Grundrechtecharta würde der Schutz der Grundrechte auch auf EU-Ebene rechtsverbindlich festgeschrieben: Der europäische Marktbürger würde endlich zum politischen Bürger. Außerdem erhielte das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen endlich Verfassungsrang.

gb: Wie aber könnte eine Lösung aussehen? Wie könnte man den Verfassungsprozess wiederbeleben?

Heide: Ich plädiere ausgehend vom vorliegenden Verfassungsvertrag für einen abgespeckten Text, der sich auf die für eine Verfassung relevanten Teile beschränkt. Ein solcher Grundlagenvertrag sollte zum einen die europäische Grundrechtecharta enthalten. Zum anderen muss er die Ziele und Werte der EU definieren und das institutionelle Zusammenspiel der Gemeinschaft regeln. Die bisher im ausufernden dritten Teil der Verfassung enthaltenen detaillierten Regelungen für die einzelnen Politikbereiche sollten in einem ergänzenden Ausführungsvertrag Platz finden - aber eben nicht Teil des eigentlichen Grundlagenvertrags sein. Auf diese Weise können wir die Fortschritte der Verfassung erhalten. Und ein Hauptmanko würde behoben: Statt eines dicken Wälzers, der extrem abschreckend wirkt, hätten wir einen klaren und überschaubaren Text.

gb: Und wie kommen wir da hin?

Heide: Auf jeden Fall brauchen wir einen öffentlichen Prozess. In einem zweiten Anlauf müssen wir die Bürgerinnen und Bürger viel stärker einbinden. Nur so kann die EU verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen und die verbreitete Europa-Skepsis überwinden. Ein solcher Grundlagenvertrag darf nicht bei einer Regierungskonferenz hinter verschlossenen Türen ausgedeutet werden. Statt Geheimdiplomatie plädiere ich für die Einberufung eines Konvents mit dem klar umrissenen Mandat, ausgehend von der Verfassung einen Grundlagenvertrag zu entwickeln. Und über diesen Text sollten dann die Bürger in einem europaweiten Referendum zeitgleich mit der Europawahl 2009 abstimmen.

gb: Zum Abschluss Deine Einschätzung: Gelingt es der Deutschen Ratspräsidentschaft, den Verfassungsprozess wiederzubeleben?

Heide: Ich hoffe es. Aber Merkels aktuelles Handeln geht definitiv in die falsche Richtung: Sie versucht den Fahrplan für den weiteren Verfassungsprozess mit den anderen EU-Regierungen auszuhandeln - ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und der Parlamente. Außerdem hat sie im Januar vor dem Europaparlament der Idee eines europaweiten Referendums über die Verfassung eine Absage erteilt. Und Merkel macht bisher auch leider keine Anstalten, einen neuen Konvent zur Überarbeitung der Verfassung einzuberufen oder das Europäische Parlament damit zu beauftragen.

>> Weitere Infos unter www.heide-ruehle.de

Für eine Revolution in der europäischen Energiepolitik

Der von der EU-Kommission vorgelegte Energiepakt ist schwach und unausgereift. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss gegensteuern. Die Lösungen für besseren Klimaschutz liegen auf der Hand: Ein zentraler und gleichzeitig preiswerter Beitrag ist erst einmal die Energieeinsparung. Doch es mangelt an konkreten Maßnahmen in diesem Bereich. Wenn das Ziel, 20 Prozent des Energiever-

brauchs bis 2020 einzusparen, nicht gelingt, sind die Klimaschutzziele kaum erreichbar. Der von der EU verabschiedete Aktionsplan muss daher durch konkrete verbindliche Maßnahmen im Endenergiebereich (u.a. Kennzeichnung) sowie durch eine konkrete Festlegung der nationalen Effizienzziele durchgesetzt werden. Wir können und müssen es schaffen, die Energieeffizienz jährlich um drei bis vier Prozent zu steigern. Damit schafft Europa auch im Technologiebereich den Anschluss an die Weltspitze.

Die erneuerbaren Energien werden von der Kommission viel gelobt, doch ungenügend gefördert. Sie haben bereits in einigen EU-Staaten bewiesen, dass sie erfolgreich zur Energieversorgung und zum Klimaschutz beitragen können und sich vor allem in der Stromerzeugung von einer Nischentechnologie zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt. Dabei ist ihr Potential nicht ansatzweise voll erschlossen. Um das Wachstum der Erneuerbaren auf alle EU-Staaten auszuweiten und auf die Sektoren Wärme und Verkehr zu verbreitern, bedarf es nicht allgemeiner, sondern konkreter Ziele für die einzelnen Bereiche. Nur dann wird die Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien in allen möglichen Anwendungsbereichen vorangetrieben. Wir brauchen daher eine Fortführung der bestehenden Richtlinie "Strom aus erneuerbaren Energien" sowie einer neuen Richtlinie zu "Heizung und Kühlung aus erneuerbaren Energien".

Die Ölabhängigkeit der EU wird in dem Strategiepapier der Kommission zu sehr ausgeblendet. Trotz der hohen Bedeutung des Verkehrssektors für den Klimaschutz hat die EU-Kommission keinerlei Strategie für ein "Weg vom Öl". Zwar hat die EU-Kommission nun endlich einen Vorschlag für CO₂-Grenzwerte für Kraftfahrzeuge vorge-

legt - doch der vorgeschriebene Verbrauchswert von 130g/km entspricht bei weitem nicht dem Stand der Technik. Eine wirklich innovative Politik scheiterte am Widerstand der Automobillobby - allen voran die deutschen Hersteller - und ihren Handlangern, Industriekommissar Verheugen und zuletzt auf eher peinliche Weise Bundeskanzlerin Merkel. Gebraucht werden aber einschneidende Maßnahmen: Effizienzsteigerungen der herkömmlichen Verbrennungsmotoren und alternative Antriebe (Elektromotoren), die Anlastung der externen Kosten des Verkehrs durch harmonisierte höhere Energiesteuern, eine Ausweitung der LKW-Maut sowie die Einbeziehung des Luftverkehrs und



der Seeschifffahrt in das Kyoto-Protokoll. Ein massiver Ausbau der umweltfreundlichen Schiene würde viel Energie einsparen.

Die EU kann nur dann weltweit eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen, wenn ihre Ziele deutlich anspruchsvoller werden. Der Ball liegt jetzt beim Rat, der im März unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft über die Ausrichtung der EU-Energiepolitik entscheiden wird. Deutschland ist am Zug.

>> Claude Turmes
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen/EFA im Europaparlament aus Luxemburg

Migration – eine Herausforderung für ganz Europa

Die Herausforderungen, die Europa sowohl durch den anhaltenden Migrationsdruck als auch durch die demographische Entwicklung entstehen, werden von den Mitgliedstaaten zwar zur Kenntnis genommen - eine angemessene politische Reaktion lässt jedoch auf sich warten. Das gilt auch für die Bundesregierung, in deren Programm zur EU-Ratspräsidentschaft der Schwerpunkt eher auf der "Bekämpfung von illegaler Migration" und dem "Ausbau der gemeinsamen Rückübernahmepolitik" denn auf einer gemeinschaftlichen EU-Einwanderungspolitik liegt, die diesen Namen auch tatsächlich verdient.



Allein die humanitäre Katastrophe an der Südgrenze der EU verdeutlicht, dass Asyl- und Migrationspolitik heute vor allem eine europäische Aufgabe darstellt. Den gleichen Weg weist die so genannte Lissabon-Strategie, die die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen soll. Es steht außer Frage, dass die legale Zuwanderung von Arbeitskräften hierbei eine bedeutende Rolle spielt. Damit sind zwei Bereiche genannt, die die EU im Rahmen einer gemeinsamen Einwanderungspolitik angehen muss: eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik und die Regelung

legaler Arbeitsmigration. Eine europäische Asylpolitik muss sicherstellen, dass Flüchtlinge auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention behandelt werden. Das bedeutet, dass der Zurückweisungsschutz beachtet wird, der UNHCR Zugang zu den Flüchtlingen erhält und bei Rückführungen die Bedingungen der völkerrechtlichen Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen eingehalten werden. Aus humanitärer Sicht entscheidend ist aber nicht zuletzt, dass der Schutz der EU-Außengrenze auch einhergeht mit einer Hilfe für Bootsflüchtlinge. Während 2006 auf den Kanaren 31.000 Flüchtlinge angekommen sind, haben geschätzte 6.000 ihr Leben auf der Überfahrt verloren. Notwendig ist ein solidarischer Ansatz innerhalb der EU, der die besondere Situation der Mittelmeerstaaten berücksichtigt und daher sowohl eine geteilte Verantwortung beim Umgang mit den Flüchtlingen als auch eine faire Aufteilung der finanziellen Kosten beinhaltet.

Zu einem kohärenten migrationspolitischen Konzept gehören auch Instrumente für die Regelung der Wirtschaftsmigration. Auch wenn die Mitgliedstaaten weiterhin selbst festlegen, wie viele Drittstaatsangehörige einen legalen Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt erhalten, so muss die EU trotzdem einheitliche Bedingungen für die Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen schaffen. Das betrifft sowohl die dauerhafte als auch die Pendelmigration, ebenso die Einwanderung von einfach und hoch qualifizierten Arbeitskräften. Die "deutsch-französische Initiative für eine neue europäische Migrationspolitik" schlägt zwar erstmals die Einführung von Quoten für ArbeitsmigrantInnen bestimmter Berufe vor, zugleich ist der Vorschlag jedoch völlig unzureichend. Er wiederholt altbekannte Fehler und sieht nur die Möglichkeit eines befristeten Aufenthaltes vor. Die Notwendigkeit einer Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften mit einer dauerhaften

Aufenthalts- und damit Integrationsperspektive wird abermals ignoriert. Die Bundesregierung ist angesichts der nicht geringer werdenden Herausforderungen aufgefordert, ihre "nationalistische" einwanderungspolitische Position zu überdenken und sich für eine Fortentwicklung einer gemeinschaftlichen EU-Migrations- und Asylpolitik einzusetzen. Auch sollte in Angelegenheiten der Einwanderungspolitik - wie es der Verfassungsvertrag für die EU vorsieht - die qualifizierte Mehrheitsentscheidung im Rat eingeführt werden und das Europäische Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten.

>> Cem Özdemir, MdEP (KV Ludwigsburg)
www.oezdemir.de

Eurodistrikte überwinden Grenzen

Wächst hier ein Europa der Regionen von unten heran, das wir Grünen immer gefordert haben? Vielleicht - aber klären wir erst einmal, was unter einem Eurodistrikt zu verstehen ist. Die deutsche und die französische Regierung riefen Anfang 2003 zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags Kommunen und andere Gebietskörperschaften entlang der gemeinsamen Grenze dazu auf, Eurodistrikte zu gründen. Eine "neue Qualität" der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einer "neuen Form" sollte so entstehen. Zuvor war eine effektive und dauerhafte regionale Kooperation immer wieder an rechtlichen Hindernissen, finanziellen Vorbehalten, mangelnden Kompetenzen und auch an regionalen Egoismen gescheitert. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass sich das durch die Eurodistrikt-Projekte nun nachhaltig ändert.

Folgende Projekte sind vereinbart oder bereits gegründet: Saar Moselle (Saarbrücken-Moselle-Est), PAMINA (Pfalz-Karlsruhe-Nordelsass), Strasbourg-Kehl, Region Freiburg-Centre et Sud Alsace (Stadt Freiburg, Landkreise Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald sowie die Region Colmar und Mulhouse) und der trinationale Eurodistrikt Basel (Landkreis Lörrach, Großraum Basel, Sundgau).



Damit ist im baden-württembergischen Grenzgebiet tatsächlich eine lückenlose Kette von Eurodistrikten im Entstehen. Institutionell und inhaltlich bilden sie sehr unterschiedlich ausgestaltete grenzüberschreitende Mehrzweckverbände. Diese Unterschiede müssen aber kein Nachteil sein.

>> Per Klabundt

Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Europa

KandidatInnen gesucht

Wir baden-württembergische Grünen sind stolz darauf, so gut in den Kommunen verankert zu sein. Grüne oder grün-alternative Listen sind in zahlreichen Gemeinderäten und allen Kreistagen vertreten und gestalten die Politik vor Ort mit.

Auch die Anzahl grüner Bürgermeister - immerhin neun - kann sich inzwischen sehen lassen. Doch gerade in diesem Bereich gibt es sicherlich ein noch ungenutztes Potential, das sich mit guten Kandidatinnen und Kandidaten ausschöpfen ließe.

Und auch wenn sicherlich nicht jede Kommune für eine grüne Kandidatin bzw. einen grünen Kandidaten aussichtsreich ist, so bietet ein Bürgermeisterwahlkampf beste Möglichkeiten, um grüne Positionen darzustellen und grüne Themen zu setzen. So wie bei Landtags- und Bundestagswahlen auch, sollten wir uns deshalb bei Bürgermeisterwahlen verstärkt darum bemühen, im Wahlkampf präsent zu sein.

Ob dies mit einer oder einem eigenen Kandidaten/-in vor Ort gelingt, ob jemand von außerhalb für die Grünen antreten kann oder ob ein unabhängig Kandidierender die Unterstützung der

Grünen erhält muss sicherlich von Fall zu Fall entschieden werden. Die GAR unterstützt die Aktiven vor Ort mit Rat und Tat und ist bemüht, einen "Pool" kompetenter Kandidatinnen und Kandidaten aufzubauen.

Auf der GAR-Internetseite veröffentlichen wir regelmäßig Ausschreibungen von Ortsverbänden, die geeignete KandidatInnen suchen:

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1357>

>> Sabine Schlager

Geschäftsführerin GAR

Kontaktdaten:

Landesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel (0711) 99 35 90
Fax (0711) 99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

GEWINN MIT SINN

Die **versiko AG** ist seit 30 Jahren als bundesweiter Finanzdienstleister mit großem Erfolg in der Verbindung von Ökonomie und Ökologie im Versicherungs- und Kapitalmarkt tätig.

Wenn Sie Ihre persönliche Altersversorgung planen oder individuell Vermögen aufbauen wollen, rufen Sie uns an und sprechen Sie mit uns über Ihre Ziele.

Für Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen besonders attraktive Konditionen.

versiko AG ■ Filiale Stuttgart

Calwer Straße 42-44 ■ 70173 Stuttgart

Telefon **0711-49 09 83-0** ■ Fax 0711-49 09 83-10

E-mail w.osiander@versiko.de



versiko

Nachhaltige
Vermögensberatung

www.versiko.de

>> Termine

Freitag, 9.3.07, ab 16.30 Uhr:
Treffen der LAG Demokratie, Recht,
Inneres, Immigration. Im Landtag,
Stuttgart. Voranmeldung erforderlich.

Samstag, 10.3.07, 11.15-15.00 Uhr:
Sitzung der LAG Ökologie im Frak-
tionssitzungssaal der Grünen im
Landtag, Stuttgart. Voranmeldung
erforderlich.

Freitag und Samstag, 23.-24.3.07:
Tagung: "Serbien und Kosovo.
Gemeinsamkeiten und Differenzen
auf dem Weg nach Europa". Ev. Aka-
demie Bad Boll.

Samstag, 24.3.07, 12.00-16.00 Uhr:
Sitzung der LAG Europa im Grünen
Büro Freiburg. Anmeldung bei LAG-
Sprecher Per Klabundt.

April und Mai 07:
Freiburg, Tübingen, Heidelberg. Ver-
anstaltungsreihe: "Prima Klima für
Europa?"

zur EU-Ratspräsidentschaft und der
europäischen Klimapolitik. Infos:
www.boell-bw.de

Freitag, 27.4.07, 16.00-21.00 Uhr,
Mannheim: Kommunalpolitisches
Seminar "Kultur findet Stadt.
Kulturpolitische Handlungsfelder der
Kommunen".

Samstag, 28.4.07, 10.00-17.00 Uhr,
Stuttgart: Kommunalpolitisches Semi-
nar: "Geothermie auf dem Prüfstand.
Wärmepumpen". Infos: [www.boell-
bw.de](http://www.boell-
bw.de)

4.-6.5.07:
Jahrestagung Gewerkschaftsgrün im
BBZ Clara Sahlberg in Berlin Wann-
see. Infos und Anmeldung unter
www.gewerkschaftsgruen.de oder
unter info@gewerkschaftsgruen.de

Donnerstag, 10.5.07, 20.00 Uhr
Ettlingen, "Drei Mohren": Offene
Diskussion des KV Ettlingen "Grund-

einkommen - bedingungslos oder
nicht?" mit Thomas Poreski und Lud-
wig Häußner. Kontakt: [KV.Ettlin-
gen@gruene.de](mailto:KV.Ettlin-
gen@gruene.de)

Dienstag, 15.5.07, 19.00 Uhr
Villingen: Abendveranstaltung "Lila
Pause? Von wegen!" (Geschlechter-
gerechtigkeit). Infos: www.boell-bw.de

Mittwoch und Donnerstag, 23.-24.5.07
Ev. Akademie Bad Boll: Tagung: "In
Würde arbeiten - fair einkaufen".
Infos: www.boell-bw.de

Mittwoch, 20.6.07, 18.00 Uhr:
Sitzung der LAG Internationales im
Landtag, Stuttgart. Voranmeldung
erforderlich.

Samstag, 30.6.07:
9. Landesausschuss
Congress Centrum Pforzheim

12.-14.10.07: 22. LDK in Heilbronn,
Harmonie



NEUE ENERGIE FÜR IHRE KARRIERE

Die **versiko AG** ist ein führendes Unternehmen in der Vermittlung von ökologischen Finanzdienstleistungen. Seit 1975 arbeiten wir für vermögende Menschen oder solche, die es gern werden wollen und die über die selbstverständliche Absicherung und Rendite hinaus ihr Geld sinnvoll anlegen und vermehren möchten.

Wir wachsen weiter und suchen für unsere Filialen in **Stuttgart, München und Freiburg**

Junior-Beraterinnen und Berater ■ Beraterinnen und Berater

Wenn auch für Sie Marktvorteil und überdurchschnittliche Zukunftschancen an erster Stelle stehen, dann freuen wir uns über Ihren Anruf bzw. Ihre Bewerbungsunterlagen.

versiko AG ■ Personalmanagement ■ Jürgen Albert
Liebigstraße 11-13 ■ 40721 Hilden/Düsseldorf
Telefon **0 21 03-929-271** ■ Fax 0 21 03-929-4 271
E-mail chance@versiko.de



versiko
Nachhaltige
Vermögensberatung

www.versiko.de

>> Impressum

Herausgeber Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
Forststraße 93, 70176 Stuttgart.

Tel. (0711) 99 35 90, Fax (0711) 99 35 999

Redaktion Tilo Berner, Philip Eberhardt, Gisela Hotz, Thomas Hornung, Andrea Lindlohr,
Agnes Malczak, Helene Rädler, Susanne Roßbach, Wolfgang Schmitt

Layout & Satz Katrin Ströbel

Druck Oktoberdruck AG, Berlin (Auflage 6.500 Stück)